

1. Der gerade erst einsetzende und sich künftig verstärkende demografische Wandel sowie der zunehmende Fachkräftemangel stellen für das Wachstum der deutschen Wirtschaft und ihre Konkurrenzfähigkeit ein nicht unerhebliches Risiko dar.

- a. Wie wollen Sie die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter vor dem Hintergrund der vorhandenen und erwarteten Entwicklung für die künftigen Herausforderungen wappnen und stärken?

Antwort:

Arbeitsagenturen und Jobcenter spielen im Kampf gegen den Fachkräftemangel eine große Rolle. Um die zurzeit nicht genutzten Fachkräftepotenziale zu heben, werden Weiterbildung und Qualifizierung immer wichtiger. Deshalb wollen wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umbauen. Arbeitslose, die nicht ausreichend qualifiziert sind, brauchen mehr Ausbildungs- und Umschulungsangebote für Berufe mit Personalmangel. Auch für Erwerbstätige soll es einfacher werden, sich regelmäßig weiterzubilden.

- b. Was sollte Ihres Erachtens in personeller und ausstattungsmaßiger Hinsicht (BA-intern) getan werden?

Antwort:

Wir setzen uns dafür ein, die strukturelle Unterfinanzierung der Jobcenter und Arbeitsagenturen endlich zu beenden. Zudem wollen wir, dass in den Arbeitsagenturen und Jobcentern mehr Beständigkeit einzieht. Befristungen sollen nur noch mit Sachgrund möglich sein. Das reduziert die Belastungen durch ständige Wechsel und macht die Arbeit attraktiver.

- c. Sehen Sie Optimierungsbedarf bei den vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten?

Antwort:

Die anhaltende Langzeitarbeitslosigkeit und der hohe Anteil an Vermittlung in prekäre Beschäftigung zeigen deutlich, dass es bei den Regelinstrumenten noch Optimierungsbedarf gibt. Wir wollen insbesondere, dass abschlussorientierte Qualifizierung ein stärkeres Gewicht bekommt. Zudem fehlt ein verlässlicher sozialer Arbeitsmarkt für diejenigen, die absehbar keine Aussicht auf einen regulären Job haben. Immer neue befristete Sonderprogramme sind bürokratisch und helfen nicht nachhaltig.

- d. Sehen Sie Möglichkeiten, weitere Reserven (Personengruppen) für den Arbeitsmarkt zu heben?

Antwort:

Unser Anspruch ist, dass alle Menschen an einem gerechten und nachhaltigen Arbeitsmarkt teilhaben können. Insbesondere Frauen können oft nicht in dem Umfang arbeiten wie sie wünschen. Ältere Arbeitslose werden trotz ihres Erfahrungsschatzes viel zu oft abgeschrieben statt in Jobs vermittelt. Auch bei MigrantInnen und behinderten Menschen gibt es noch große Potentiale. Hier sind zielgruppenspezifische Aktivierungsstrategien notwendig.

2. Im letzten Jahrzehnt wurde die Grundsicherung gemäß SGB II eingeführt.

- a. Wie beurteilen Sie den Erfolg des SGB II?

Antwort:

Die Einführung des SGB II hat damals notwendige Veränderung bewirkt. Allerdings wurden nicht alle Probleme gelöst und auch neue geschaffen. Wir sehen deshalb weiterhin Verbesserungsbedarf. Dazu gehört die Berechnung der Grundsicherung. Auch die Förderung auf Augenhöhe ist aus grüner Sicht nicht gegeben. Für uns steht im Vordergrund, in die Qualifizierung von Arbeitslosen zu investieren, sie für Berufe mit Zukunft fit machen und damit ihre Jobchancen zu verbessern. Die Sanktionen sehen wir kritisch.

b. Welche Veränderungen hält Ihre Partei am System der Grundsicherung für nötig?

Antwort:

Die Regelsätze für Erwachsene und Kinder müssen so berechnet und erhöht werden, dass man menschenwürdig davon leben kann, sozial und kulturell teilhaben kann. Eine angemessene Wohnung, die Versorgung mit Strom und unvermeidlich nötige größere Anschaffungen müssen gewährleistet sein. Die Grundsicherung werden wir zu einer individuellen Leistung weiterentwickeln, denn das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

c. Welche Veränderungen in den Jobcentern sind notwendig, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu beenden?

Antwort:

Gegen Langzeitarbeitslosigkeit helfen vor allem eine intensive und persönliche Betreuung, passgenaue Qualifizierungsangebote und nachhaltige Vermittlung. Auch eine Nachbetreuung ist in solchen Fällen essentiell. Das geht nur, wenn die strukturelle Unterfinanzierung der Jobcenter beendet wird. Für Menschen, die absehbar keine Aussicht auf einen regulären Job haben, fordern wir einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt. Das sichert gesellschaftliche Teilhabe und verbessert schrittweise die Jobchancen.

3. Beschäftigte in Jobcentern und Agenturen für Arbeit sehen sich in ihrer Alltagsarbeit zunehmend psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt.

Welche Maßnahmen und Aktivitäten sehen Sie, um die Kolleginnen und Kollegen besser zu schützen und zu unterstützen?

Antwort:

Jobcenter-Beschäftigte müssen besser vor Gewalt geschützt werden. Die Beschäftigten dürfen mit den Gefahren nicht alleine gelassen werden. Notwendig dafür sind funktionierende Notfallstrategien. Hierfür bedarf es mehr Schulungen für den Umgang mit gefährlichen Situationen. Darüber hinaus muss Gewalt von vornherein verhindert werden. Einen Beitrag dazu können die von uns geforderten Ombudsstellen in den Jobcentern leisten. Drohende Konflikte können dort geschlichtet werden, bevor die Situation eskaliert.

4. Durch erfolgte Um- und Neuorganisationen, die Entwicklung im IT-Bereich und den hohen Einsatz unserer Kolleginnen und Kollegen zeichnen sich Arbeitsagenturen, Jobcenter und Familienkassen trotz komplexer und anspruchsvoller Aufgabenstellungen durch eine hohe Effektivität und Effizienz aus. Zwecks Haushaltskonsolidierung wurde die Wochenarbeitszeit im Bundesbeamtenbereich in der Vergangenheit auf 41 Stunden erhöht und bis heute trotz Rekordsteuer-

einnahmen nicht wieder auf ihr Ausgangsniveau von 39 Stunden reduziert. Wie steht Ihre Fraktion/Partei zu diesem Sachverhalt? Unterstützen Sie uns bei der Forderung, in der kommenden Legislaturperiode eine Angleichung an den Tarifbereich (39 Stunden) vorzunehmen?

Antwort:

Wir fordern schon lange die Einführung eines modernen Gesundheitsmanagements, das übermäßige Arbeitsbelastung und Überstunden vermeidet bzw. ausgleicht. Angesichts der zunehmenden gesundheitlichen Überlastung vieler Beschäftigter gehört auch die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten, wie sie derzeit in der AZV geregelt ist, auf den Prüfstand.

5. **Die BA als erster Dienstleister auf dem Arbeitsmarkt setzt auf Beratung, Vermittlung und bei Bedarf auf Qualifizierung (Weiterbildung, Umschulung). Dabei werden den Kunden Aus- und Weiterbildungsgänge empfohlen, die staatlich anerkannt bzw. zertifiziert sind, um die Integrations- und Entwicklungschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt möglichst hoch zu halten und die berufliche Mobilität zu sichern. Intern bildet die BA ihr Personal für den gehobenen Dienst an der eigenen Hochschule (HdBA) im Angestelltenverhältnis (Studierende) aus. Eine Anerkennung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes bei anderen Behörden in Deutschland ist leider nicht gegeben. Dies führt in der Praxis wiederholt zu Problemen und Einschränkungen für die Betroffenen.**

Wie bewerten Sie diese Situation? Sehen Sie Optionen, um die Lage und Perspektiven für die Studierenden/Nachwuchskräfte zu erweitern?

Antwort:

Die Ausbildung sollte aus unserer Sicht so angelegt sein, dass sie in möglichst vielen Bereichen Einstiege ermöglicht und dafür qualifiziert. Wir würden es begrüßen, wenn das Profil in diese Richtung erweitert wird.